

„... gerade Dich, Arbeiter, wollen wir.“

Nationalsozialismus
und freie Gewerkschaften im Mai 1933



Impressum:

Herausgeber:
Hans-Böckler-Stiftung

Entwurf:
DGB-Jugend Hessen

**Informationen zu den
Ausstellungsorten:**
www.boeckler.de

Text:
Matthias Makurath M.A.

Bildrecherche:
Barbara Mehrl

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Frankfurt/Main

April 2008

„... gerade Dich, Arbeiter, wollen wir.“

**Nationalsozialismus
und freie Gewerkschaften im Mai 1933**



Vorwort

Am 2. Mai 1933, vor 75 Jahren, haben die Nazis mit der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser die legitime Vertretung der deutschen Arbeitnehmerschaft brutal zerschlagen. Sie haben Gewerkschaftsfunktionäre eingekerkert, gefoltert und ermordet. Nur drei Monate, nachdem die Macht in Deutschland an die Nationalsozialisten ausgeliefert worden war, gehörten damit Gewerkschaften und ihre Repräsentanten ebenso wie demokratische Parteien und Politiker zu den ersten Opfern des Naziterrors.

Die Hans-Böckler-Stiftung bietet mit der Ausstellung „... gerade Dich, Arbeiter, wollen wir“. – Nationalsozialismus und freie Gewerkschaften im Mai 1933 – allen Interessierten die Möglichkeit, sich mit dieser Geschichte zu befassen.

Steigbügelhalter der Nazis waren Parteien, Politiker und nicht zuletzt Wirtschaftsführer, die damit bleibende Schuld auf sich geladen haben. Es gehört zur Tragik unserer Geschichte, dass auch Gewerkschaftsfunktionäre anfangs geglaubt hatten, sie könnten mit den Nazis zum Wohl der Arbeiterschaft zusammenarbeiten.

Noch der 1. Mai 1933 wurde gemeinsam mit den Nazis begangen. Am 2. Mai kam für alle das böse Erwachen mit der Erstürmung ihrer Gewerkschaftshäuser. Zielstrebig und gründlich zerschlug das NS-Regime die Arbeiterbewegung. Für freie, unabhängige, der Demokratie verpflichtete Gewerkschaften war im NS-Staat kein Platz.

Die Auseinandersetzung mit dem 1. und 2. Mai 1933 bildet immer wieder den erschütternden Anlass für das Gedenken an die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die dem Zivilisationsbruch und damit der Barbarei des Nationalsozialismus zum Opfer fielen. Zur Besinnung über die Konsequenzen dieser schmerzlichen Erfahrung gehört der Auftrag, für Demokratie, individuelle Menschenrechte, Freiheit und freie Gewerkschaften einzutreten.

Für die Hans-Böckler-Stiftung und den DGB heißt das auch, Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Arbeitsplatz und in den Leitungsgremien der Unternehmen sind nur in Gesellschaften mit Gewaltenteilung und demokratischen Verfassungen gewährleistet.

Wir hegen darüber hinaus die Hoffnung, dass der Einsatz für demokratische Institutionen und die Verteidigung der Freiheit auch ein Beitrag zur Sicherung von Frieden sein wird. Historisch war die Erstürmung der Gewerkschaftshäuser eine der ersten Etappen auf dem Weg, der mit 60 Millionen Kriegstoten, über sechs Millionen ermordeten Juden und zahllosen weiteren Opfern in den Konzentrationslagern endete.



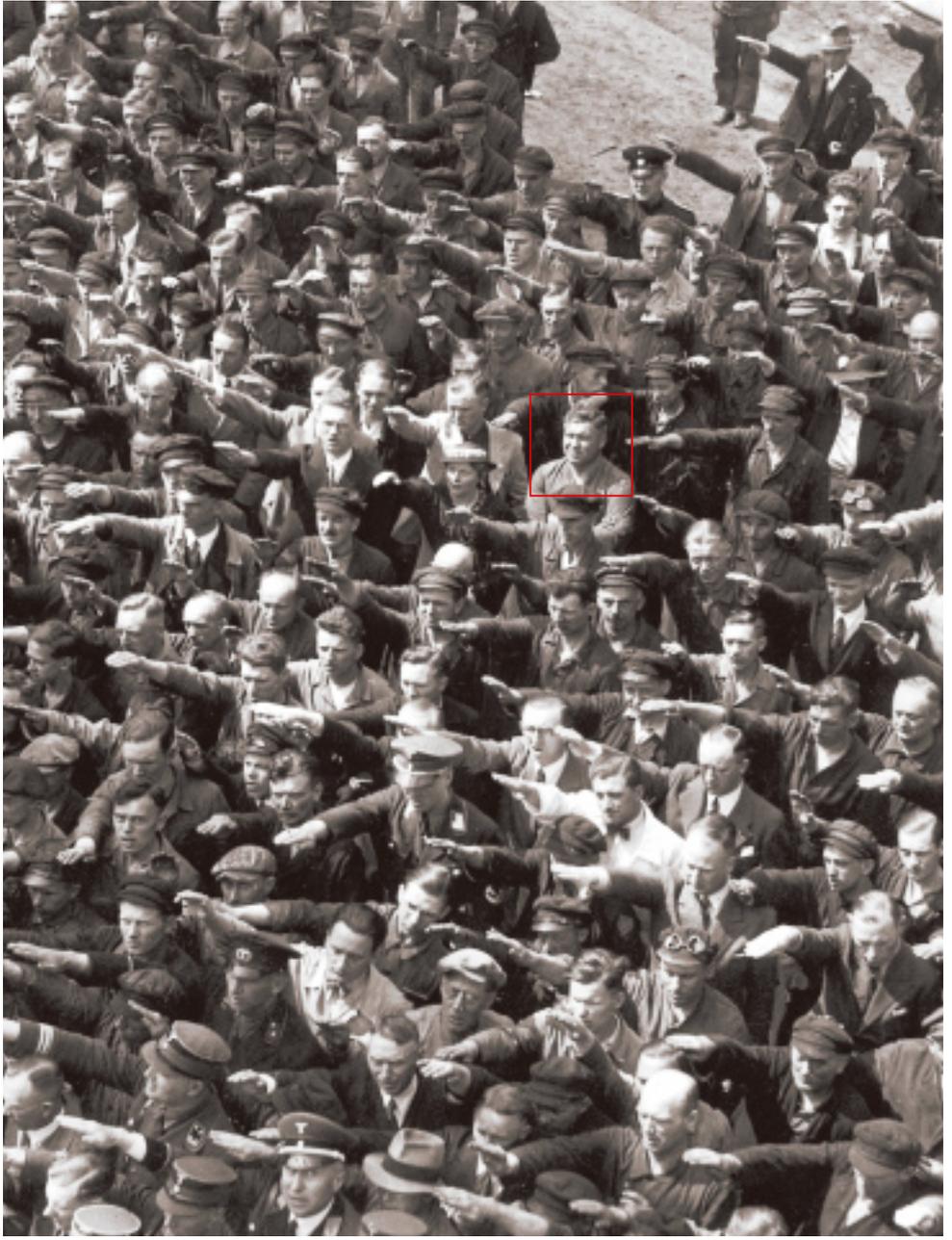
Michael Sommer

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Vorsitzender des Vorstandes der Hans-Böckler-Stiftung



Nikolaus Simon

Sprecher der Geschäftsführung der Hans-Böckler-Stiftung



◀ Hamburg 1936, Stapellauf des Segelschulschiffs „Horst Wessel“ in Anwesenheit des „Führers“. Der Arbeiter August Landmesser verweigert den Hitlergruß.

**„... gerade Dich, Arbeiter,
wollen wir.“**

Nationalsozialismus und freie Gewerkschaften im Mai 1933

Diese Ausstellung richtet sich an alle Interessierten, die sich mit diesem dunklen Abschnitt der Geschichte der politischen Arbeiterbewegung und der deutschen Demokratie auseinandersetzen wollen. Die Ausstellung erinnert an die Ereignisse am 1. und 2. Mai 1933, für die die Nationalsozialisten den Begriff „Gleichschaltung“ der Gewerkschaften geprägt haben, die aber in der Realität eine Zerschlagung der freien, traditionell sozialdemokratisch ausgerichteten Interessenvertretungen bedeutete – und zwar mit allen Konsequenzen, von der Beschlagnehmung der Gewerkschaftshäuser und -vermögen bis hin zu Inhaftierung und politischem Mord.

Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen haben sich wiederholt die Frage gestellt, **wie es zu dieser Zerschlagung und zur kampflösen Aufgabe der eigenen Organisation kommen konnte. Warum hat die Arbeiterschaft in den Jahren nach 1933 den Durchmarsch der Nazis nicht bremsen oder gar stoppen können?** Diese Fragen an die Geschichte, die aus der eigenen Betroffenheit resultierten, können – je nach eigenem Blickwinkel und zeitlichem Abstand zu den Ereignissen – unterschiedlich beantwortet werden. Der zweite Teil der Ausstellung bietet vier **Erklärungsansätze** an, die auch in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion immer wieder benannt werden, mit jeweils unterschiedlichen Gewichtungen. Die Erklärungsansätze sollen zu weiteren Diskussionen einladen.

Im ersten Teil wird eine Chronologie der Ereignisse nachgezeichnet, eine Chronologie, die sich nicht auf die Vorgänge im Jahr 1933 beschränkt, sondern auch einzelne Aspekte der Vorgeschichte, besonders aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise ab dem Jahr 1929 und bestimmte Folgen bis zum Kriegsausbruch 1939, berücksichtigt. Dabei ist das Augenmerk vorrangig auf einen Gesichtspunkt gerichtet, nämlich das **besondere Verhältnis zwischen der großen sozialen Gruppe der Arbeitnehmer und ihrer politischen Vertreter auf der einen Seite und der NSDAP auf der anderen. Welche Bedeutung hatte eine „entwaffnete“ und ruhigestellte Arbeiterschaft für die braunen Machthaber?** Dafür steht auch der Titel dieser Ausstellung: „... gerade Dich, Arbeiter, wollen wir.“ (Zitat des Nationalsozialisten Dr. Robert Ley vom 2. Mai 1933.)

In diesem Sinne wünschen wir allen Besucherinnen und Besuchern einen historischen Einblick, der in Bezug zur eigenen Gegenwart gesetzt werden kann.

Hans **Böckler**
Stiftung 

in Kooperation mit dem





Quelle: Ullstein Bild

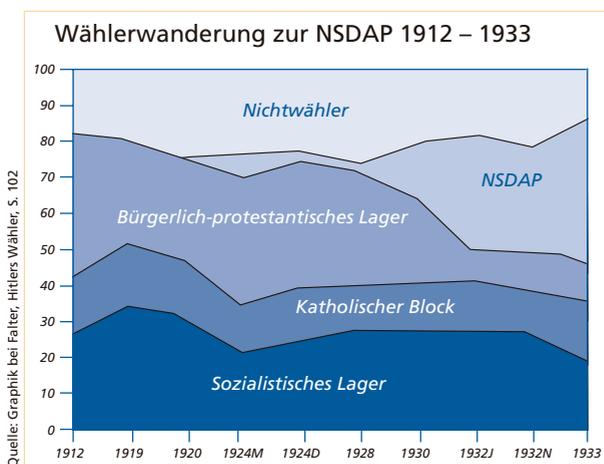
Freikorps beim Kapp-Putsch, Berlin 1920

Vorgeschichten

Das Hakenkreuz als Kennzeichen der späteren Nationalsozialisten tauchte bereits in der Gründungsphase der Weimarer Republik auf, in den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen der Jahre 1919 und 1920. Im März 1920 etwa unternahmen republikfeindliche, nationalistische Truppenteile einen Umsturzversuch, den sogenannten Kapp-Putsch (benannt nach dem ostpreußischen Landschaftsdirektor Wolfgang Kapp, einem der Anführer). Die Putschisten vertrieben die gewählte Regierung aus Berlin, scheiterten aber schon wenige Tage später daran, dass Arbeiter und (Regierungs-) Angestellte im ganzen Reich in einen Streik traten.

➤ Auf dem Foto erkennt man Hakenkreuze an der Seite des Mannschaftswagens und an den Helmen der Aufständischen. Ähnlich rechtsgerichtete Einheiten („Freikorps“) hatten bereits im Frühjahr 1919 gegen streikende, zum Teil bewaffnete Arbeiterverbände gekämpft, u. a. in Berlin, Bremen und München. In diesen blutigen Kämpfen lag die Ursache für eine unversöhnliche Feindschaft zwischen Links und Rechts, die der ganzen Republik Stück für Stück die stabile politische Mitte entzog. Nach einer kurzen politischen Beruhigung von 1924 bis 1929 brach diese Feindschaft in der Weltwirtschaftskrise wieder hervor ...

Wahlen und Wähler



Nachdem die NSDAP noch bei den Reichstagswahlen im Jahr 1928 über einen Stimmenanteil von 2,6 % nicht hinausgekommen war, gelang ihr bei der Wahl am 14. September 1930 eine Steigerung auf 18,3 %. Der Zugewinn bedeutete für die Nazis den Durchbruch auf Reichsebene. Die nebenstehende Grafik verdeutlicht die Verschiebungen innerhalb der großen politischen Blöcke, die diesen Durchbruch und die weiteren Stimmengewinne im Juli 1932 ermöglichten:

Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/M., Sammlg. Weiland



Wählerinnen und Wähler aus der Arbeiterschaft waren eine bevorzugte Zielgruppe der Wahlpropaganda der NSDAP.

Quelle: Stadtarchiv Rüsselsheim/Heimatverein Rüsselsheim



Straßenkämpfe

Mit den Wahlerfolgen einher ging eine zunehmende Präsenz der sog. „Schutzabteilungen“ (SA) der Nazi-Partei auf den Straßen der deutschen Großstädte. Besonders in Wahlkampfzeiten kam es immer öfter zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen SA und den Organisationen der politischen Linken. Saalschlachten der SA und provokative Aufmärsche in Arbeitervierteln mit oftmals blutigem Ausgang führten im April 1932 zum Verbot der „Schutzabteilungen“.

Nur zwei Monate später, am 14. Juni, wurde dieses Verbot wieder rückgängig gemacht. Die SA stieg mit bisher nicht gekannter Brutalität in den Wahlkampf zur Reichstagswahl am 31. Juli 1932. Höhepunkt des Straßenterrors war der „Altonaer Blutsonntag“ am 17. Juli 1932, der 14 Gegnern eines nationalsozialistischen Aufmarsches das Leben kostete!

Quelle: Rolf Schulte „Vergessen und verdrängt“



Verwüstetes Gewerkschaftshaus in der norddeutschen Kleinstadt Eckernförde, 10.7.1932

Quelle: Rolf Schulte „Vergessen und verdrängt“



Trauerfeier für zwei von der SA ermordeten Landarbeiter, ebenfalls Eckernförde, 14.7.1932



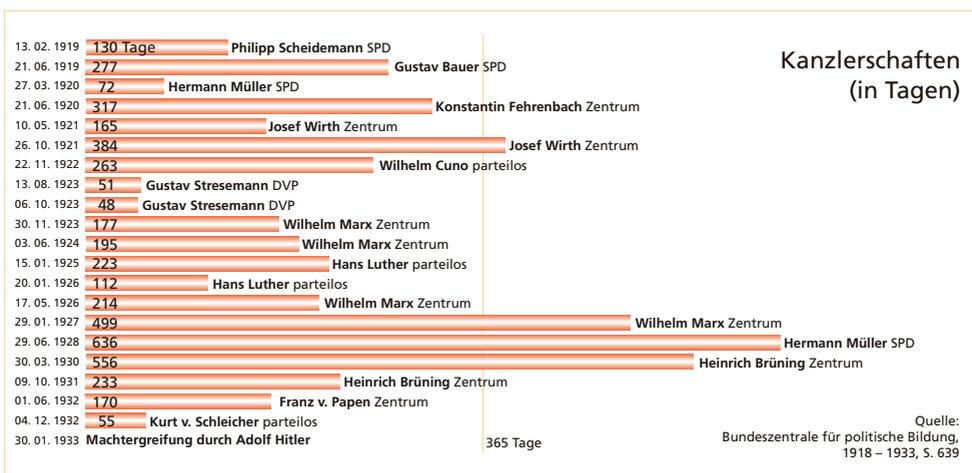
Quelle: Ullstein Bild

Letzte Großkundgebung des Reichsbanners, Berlin, Lustgarten, 19.2.1933

„Kühles Blut und Besonnenheit“

Reaktionen der Gewerkschaften auf den 30. Januar 1933

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Hitlers Partei, die NSDAP, bildete zusammen mit dem kleineren Koalitionspartner „Deutschnationale Volkspartei“ (DNVP) die neue Regierung – allerdings nicht als ein Ergebnis von Wahlen, sondern weil die Vorgängerregierung gescheitert war. Was die Nazis als „Machtergreifung“ bezeichneten, was Kritiker als „Machtübertragung“ oder „Macherschleichung“ interpretierten, war für viele Zeitgenossen erst einmal ein Regierungswechsel. Davon hatte es in der Weimarer Republik viele gegeben, die jeweiligen Reichskanzler hatten nur selten länger als ein Jahr regiert!

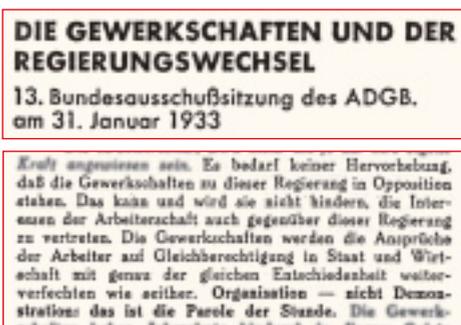


Obwohl die NSDAP bei den zurückliegenden Reichstagswahlen am 6. November 1932 Stimmen verloren hatte, bildete sie mit 33,1 % die stärkste Fraktion. Zusammen mit dem Koalitionspartner DNVP (8,9%) kamen beide jedoch nicht auf die absolute parlamentarische Mehrheit. Kanzler und Kabinett waren – wie ihre Vorgänger – als Minderheitenregierung auf das Vertrauen des Reichspräsidenten angewiesen.

➤ In den folgenden Wochen kam es zu einzelnen Protestkundgebungen gegen die neue Regierung, wie am 19. Februar 1933 im Lustgarten in Berlin. Zu dieser Veranstaltung hatte das Reichsbanner aufgerufen, ein SPD-naher Verband zum Schutz der Republik. Dessen Vorsitzender Karl Höfermann äußerte sich zur Situation wie folgt: „Nach Hitler kommen wir! Es werden wieder die deutschen Republikaner sein, die einen Scherbenhaufen aufräumen müssen. Auf diesen Tag richten wir uns ein!“ Der Historiker Michael Schneider kommentiert diese Äußerung so: „Deutlicher konnte kaum werden, dass für Höfermann der Kampf schon verloren war – bevor er überhaupt begonnen hatte.“

Quelle: M. Schneider, Unterm Hakenkreuz, S. 48

Der sozialdemokratisch orientierte „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund“ (ADGB) veröffentlichte umgehend einen Aufruf an alle Mitglieder, in dem er zu „kühlem Blut und Besonnenheit“ aufrief:





Quelle: SV-Bilderdienst

Schutzpolizist und SS-Mann zusammen auf Streife im Wahlkampf 1933

Februar 1933 – Grundrechte werden mit SA-Stiefeln getreten

Hitler hatte als eine Bedingung für seinen Eintritt in die Reichsregierung die Ausschreibung von Neuwahlen gefordert. Der Termin wurde kurzfristig für den 5. März angesetzt. Unvermittelt befand sich die deutsche Öffentlichkeit wieder im Wahlkampf, einem Wahlkampf, den die NSDAP erstmals aus der Position der Macht führen konnte.

Bereits am 4. Februar wurden Presse- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt, kommunistische und sozialdemokratische Beamte und Personalräte wurden entlassen und es kam zu ersten Zeitungsverboten. Am 17. Februar legte der preußische Innenminister Herrmann Göring (NSDAP) im sog. „Schießerlass“ fest, dass der einzelne Polizeibeamte über den Straßenterror der SA hinwegzusehen hatte, während er gegen Aktionen der Arbeiterparteien gnadenlos vorgehen sollte.

„... Polizeibeamte, die in der Ausübung dieser Pflichten [Bekämpfung „staatsfeindlicher Organisationen“] von der Schusswaffe gebraucht machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schusswaffengebrauchs von mir gedeckt. Wer hingegen in falscher Rücksichtnahme versagt, hat dienstrechtliche Folgen zu gewärtigen.“

Quelle: Erlass zur Förderung der nationalen Bewegung

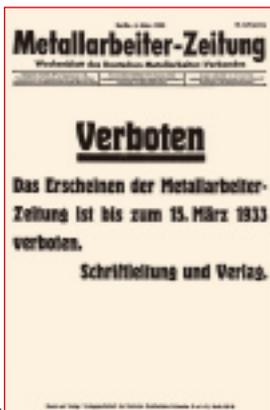
➤ In den nächsten Tagen kam es zu einer weiteren Legalisierung des Terrors, als zehntausende von SA-Männern zu Hilfspolizisten ernannt wurden.

Am 28. Februar wurden die Schutzrechte politisch Andersdenkender in der sogenannten Reichstagsbrand-Verordnung endgültig aufgehoben. Als Anlass dafür hatten die selbsternannten Retter der Nation einen Großbrand im Berliner Regierungsgebäude, dem Reichstag, genutzt, der vermutlich von einem politisch linksstehenden Einzeltäter gelegt worden war. Sofort wurden tausende von Anhängern der Kommunistischen Partei (KPD) in Schutzhaft genommen. (Der zynische Ausdruck „Schutzhaft“ sollte andeuten, dass die Polizei den Betroffenen zu seinem eigenen Schutz festnahm, um ihn dem Volkszorn zu entziehen.) Nach der Verhaftung der KPD-Spitze um Ernst Thälmann war die Partei im Reichstagswahlkampf ohne Leitung.

Quelle: Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz, Christiansen-Leber



Besorgte Gewerkschafter versammeln sich zum Schutz vor dem Haus des ADGB, Lübeck Januar 1933.



Quelle: IG Metall-Archiv



Quelle: Ullstein Bild



Quelle: Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz

Zwei Aufnahmen aus dem KZ Oranienburg, Frühjahr und August 1933. Unten mehrere prominente SPD-Politiker.

Besetzte Gewerkschaftshäuser



Quelle: Staatsarchiv Darmstadt, DGB Darmstadt

Darmstadt



Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a. M., Sammlg. Neuland

Frankfurt am Main



Quelle: DGB Hamburg

Hamburg



Quelle: Archiv der sozialen Demokratie

Osnabrück

Der 1. und der 2. Mai 1933

Der ungebrochene Terror der vorangegangenen Wochen hatte KPD, SPD und Gewerkschaften in einen Schockzustand versetzt und nahezu handlungsunfähig gemacht.



Die Nationalsozialisten ihrerseits erklärten den 1. Mai, den traditionellen Festtag der internationalen Arbeiterbewegung, zu einem arbeitsfreien Feiertag, den sog. „Tag der nationalen Arbeit“ und begannen mit umfangreichen Vorbereitungen für Umzüge und Kundgebungen. Der ADGB bekundete seine Bereitschaft, die eigenen Mitglieder – die gleichzeitig Ziel-scheibe von SA-Über-griffen waren! – zur

Teilnahme an diesen Jubelfeiern aufzurufen. Durch angepasstes Verhalten versuchte man, die eigene Organisation zu retten.

So kam es am 1. Mai '33 in jeder Stadt zu offiziellen Mai-Aufmärschen. Die Teilnahme wurde oftmals von den Betrieben oder Berufsverbänden organisiert, sodass viele Arbeiter und Angestellte glaubten, sich dieser Verpflichtung nicht entziehen zu können.



Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a.M.



Kundgebungen in Frankfurt und Rüsselsheim.



Quelle: Stadtarchiv Rüsselsheim/Opel Kamerad

➤ Am folgenden Tag wurden reichsweit die Gewerkschaftshäuser von Polizei und SA besetzt und das Vermögen eingezogen. Gewalttätig gingen die Nazis beispielsweise in Duisburg vor, wo vier Gewerkschafter zu Tode geprügelt wurden. An vielen anderen Orten kam es nicht mehr zu nennenswerter Gegenwehr.



Vereinzelt trafen sich Kollegen zu illegalen Maifeiern außerhalb der Städte.

Quelle: Archiv der sozialen Demokratie



Arbeiterbank des ADGB, von SA-Leuten besetzt, Berlin

Quelle: IG Metall-Archiv Bodo Gerstenberg

Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a.M., Sammlg. Neuland



Quelle: IG Metall-Archiv Bodo Gerstenberg

Man parallel dazu die traditionelle Interessenvertretung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und einen gewichtigen Machtfaktor aus.

Mit diesem Doppelschlag vom 1. und 2. Mai gelang es den Nationalsozialisten einerseits, ihre vorgebliche Wertschätzung der Arbeit zu bekunden und viele unpolitische Arbeitnehmer mit Stolz zu erfüllen. Andererseits schaltete



Quelle: Ulfstein BildHanns Hubmann

Hamburger Werftarbeiter während einer Goebbels-Rede, 1940

Liste der Arbeitsniederlegungen bis Ende November 1936^o

Lfd. Nr.	Zeit u. Dauer	Ort	Firma	Zahl der Teilnehmer	Ursache und etwaige Besonderheiten	Rückständige Lohnzahlung	
1	4.2.36 einige Std.	Chemnitz	Hermann Ulbricht, Chemnitz	5			
2	26.2.36 einige Std.	Bicken- bach	Zapp & Co. Bickenbach	gestante Ge- senkschneide	Betriebsführer zu rigoros, aber auch Gefolgschaft zu un- bittorische		
3	23.3.36 einige Std.	Zell/ Witbg.	Spinnereien u. Webereien Zell	420	Nur Demonstration, da unzureichende Betriebsführer, der Pgg. und SA-Männer besuchzeitig		
4	11.5.36	Pritzier Mecklbg.	Plau & Biele Bih.-Ch/bg.		Veränderung der Arbeitsbe- dingungen seitens der Firma		
5	14.5.36	Nordhorn	Nichas & Ditting, Nordhorn		30	Verbesserung - soziale Lohn- Abschuppen der Arbeitsorgä- ge durch Zeitkautstelle	
6	Mai 1936	Maratischer Kanal	Deutsche Röhren- werke, D'Dorf			Unbegründete Lohnforderun- gen	
7	Mai 1936	Dömsel- dorf			24		
8	25.5.36	Fresen- stad: Witten- berg					
9	11.6.36	Haus- Lichtenau	Hagplatz		rd. 100	Konsumistische Verbesserung - unberechtigte Forderungen	
10	Juni 1936	Rottens- hausen	Vianova, Baraberg		rd. 300	Nichtzustellung der verspro- chenen Auslösung	
11	22.6.36	Brones/ Buden	M.A. Lärle-AG., Bremen	55	55	Leistung streifte Lohnzahlung an (Sozialtarif).	
12	23.6.36	Neustadt Schles.	L.H. Petersen, Neu- stadt	26	26	Märzinsische Verbesserung - Lohnforderungen	
13	25.6.36	Russels- heim	Adem OPEL AG.	262	262	nicht Sonderakte 1 (4)	
14	2.7.36	Hösten	Höstenwerk Siegen- land		Nacht- und Morgenschicht	Seitens der Direktion verzei- gerte Lohnzahlung	
15	7.7.36	Marzbach	Tiefbau-Gesellschaft, Marzbach		35	25	Anzeichen besseres Kon- kurrenz-Angebot
16	9.7.36	Köppen	Tausen-Quarzit- werke		35	—	erfüllbare Lohnforderungen
17	9.7.36	Ellnau	Grün & Bifinger, Marzheim		190	12	Angleich zu geringer Lohn- tarif

In den Betrieben: Führer und Gefolgschaft

Nach dem 2. Mai waren der Arbeiterbewegung ihre zwei wichtigsten Waffen genommen, eine durchsetzungsfähige Organisation und der Streik als Druckmittel. (Streiks sind zwar nicht offiziell verboten worden, aber der Aufruf zu einem solchen wurde streng bestraft.) Das Misstrauen in den Belegschaften gegen die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO) konnte allerdings nicht ausgeräumt werden.

DEUTSCHLAND

Neuwahl der Betriebsräte 1933

Nachdem die Neuwahl der Betriebsräte im ganzen Reich durch amtliche Verfügungen der Arbeitsgemeinschaften zugestimmt worden ist, kann in nächster Zeit ein Gesamtgebnis der Wahlen nicht erwartet werden.

Somit dem ADGB: Berichte über das Ergebnis der bereits stattgefundenen Wahlen zu den Arbeitsräten zugehört werden, erhalten die freien Gewerkschaften nahezu zwei Drittel der Mandate in den Arbeitsräten.

Nach den vorliegenden Berichten sind in 1387 Betrieben 8225 Arbeitsrätenmitglieder gewählt worden. Daraus ergibt sich die Liste des:

	Mandate	%
freie Gewerkschaften	6.777	73,4
christliche Gewerkschaften	181	7,8
Heim-Ökonomischen Gewerksch.	20	0,8
NSBO	458	4,9
Freiwilligen	3	—
NSBO	1.083	11,7
sonstige Vereinigungen	16	1,0
nichtangehörigen Vertreter	19	0,8
Zusammen	9.256	100,0

Wenn die vorliegenden Zahlen auch nur einen kleinen Teil der insgesamt zu wählenden Arbeitsräte wiedergeben, dürfen sie doch im Hinblick auf das Gesamtgebnis als repräsentativ angesehen sein. Sie beweisen, daß die freien Gewerkschaften die Vorherrschaft der Betriebsräte gewinnen. Das Ergebnis vom Jahre 1930, in welchem die Listen der freien Gewerkschaften 83,6 v. H. der gewählten Arbeitsräte erhielten, wie in ruhigen Zeiten allgemein anzunehmen war.

Quelle: Die Gewerkschafts-Zeitung, April 1933, S. 270

Neuwahlen der Betriebsräte, April 1933

Im „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934 wurde dann der einzelne Unternehmer zum „Führer“ des Betriebes ernannt, die Beschäftigten hießen ab sofort „Gefolgschaft“. Betriebliche Mitbestimmung und Tarifverhandlungen wurden abgeschafft, 1935 fanden zum letzten Mal Vertrauensleute-Wahlen statt.

Quelle: Stadtarchiv Rüsselsheim/Opel Werksgemeinschaft

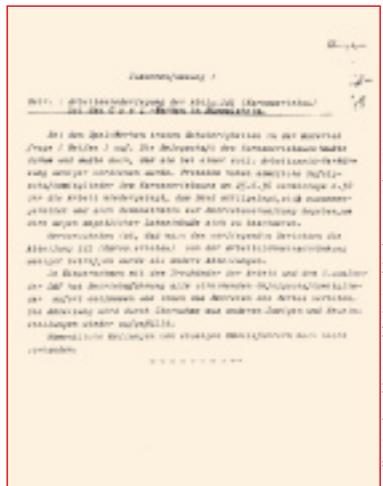


Der Reichsleiter der DAF, Dr. Robert Ley, besichtigt anlässlich einer Großkundgebung in Rüsselsheim die Ausstellung „Der Opel-Arbeiter in der Freizeit“.

Noch im Mai 1933 wurde die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) als zentrale Nachfolge-Organisation der Gewerkschaften präsentiert. Die Hauptaufgaben der DAF waren Angelegenheiten wie die Bereitstellung von Urlaubsreisen und Betriebssport („Kraft durch Freude“), Mitgestaltung von Arbeitsplätzen und Kantinen („Schönheit der Arbeit“) und die Entwicklung nationalsozialistischer Musterbetriebe.

Mitte der dreißiger Jahre wuchs die Unzufriedenheit in den Betrieben und besonders auf den Großbaustellen. Dort herrschten neben Arbeitsverpflichtung und Lohnstopp zusätzlich miserable lagerähnliche Unterbringung und halb-militärische Leitung.

➤ Die hohe Protestbereitschaft dort arbeitender Oppositioneller führte zu vereinzelt Arbeitsniederlegungen, die von der DAF in einer Liste festgehalten wurden. Der Unterdrückungsapparat war besonders durch einen kurzen Streik bei Opel Rüsselsheim am 25. Juni 1936 alarmiert worden, an dem sich 262 Kollegen beteiligt hatten.



Quelle: Stadtarchiv Rüsselsheim/Archiv der VVN-BdA-FFM

Zwischen Widerstand und Wartestand

Mit der Etablierung der NS-Diktatur blieb den führenden Vertretern der Arbeiterbewegung nur der Weg in die Illegalität oder ins Exil im Ausland. Die Verhaftungswellen der folgenden Jahre machten schnell klar: Versuche, die Öffentlichkeit zu erreichen, z.B. über Flugblätter und Parolen an Häuserwänden, bedeuteten ein hohes Risiko. Die meisten Gruppen, die nach außen arbeiteten, wurden früher oder später „aufgerollt“.

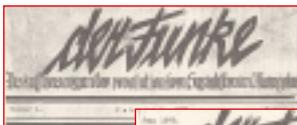


Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a.M., Sammlg. Neuland

Klebezettel, für Laternenpfähle, öffentliche Plätze u.ä., im Original etwa so groß wie eine Streichholzschachtel („Internationaler Sozialistischer Kampfbund“, 1933/34).

Besonders in den Betrieben, wo die Gruppe der „üblichen Verdächtigen“ überschaubar war, war an längere illegale Tätigkeit über den eigenen Kreis hinaus kaum noch zu denken. Für viele ehemalige Aktivisten an der Basis, denen für eine Flucht ins Ausland die Kontakte und die finanziellen Mittel fehlten, bedeutete dies: Man versuchte einen Draht zu Gleichgesinnten aufrechtzuerhalten und beobachtete den eigenen Arbeits- und Lebensbereich. Man begab sich in einen „Wartestand“ (so der Historiker Ulrich Borsdorf) in der Hoffnung auf bessere Zeiten.

Im Exil, in Paris, Prag oder Moskau, wurden Flugblätter und Zeitungen für die Genossen im Reich hergestellt. Die Exil-SPD begann ab 1934 die „Deutschland-Berichte“ herauszugeben, in denen sie Meldungen aus deutschen Betrieben und anderen gesellschaftlichen Bereichen bündelte. Befreundete Eisenbahner und Transportarbeiter sorgten für die Verteilung im Lande.



Mit Beginn des 2. Weltkriegs wurden Widerstandshandlungen als „Hochverrat“ bestraft, in vielen Fällen mit dem Tod. ➤



Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a.M., Sammlg. Neuland

Im Spanischen Bürgerkrieg, 1936-39, standen Antifaschisten aus ganz Europa ihren Gegnern erstmals mit der Waffe in der Hand gegenüber. In der Bildmitte (mit Barrett) Willi Höhn aus Frankfurt, M., Bataillon „Edgar André“, Internationale Brigaden.



Quelle: Archiv der sozialen Demokratie

Wilhelm Leuschner, 1888-1944, Holzbildhauer aus Darmstadt, bis 1933 Mitglied im Vorstand des ADGB und des hessischen Landtages, nach einer Haft von einem Jahr ab Mitte der dreißiger Jahre Kontaktperson in Berlin für ehem. Gewerkschafter und später auch für den Widerstandskreis des 20. Juli 1944. Vor dem Volksgerichtshof vom Vorsitzenden Richter Roland Freisler zum Tode verurteilt.



Quelle: Archiv der sozialen Demokratie

Johanna Kirchner, 1889-1944, Mitarbeiterin der Arbeiterwohlfahrt in Frankfurt seit Ende des 1. Weltkriegs, nach 1933 Exil im Saarland, später Flucht und Internierungslager in Frankreich, Auslieferung, Hinrichtung in Plötzensee. (Auf dem Foto links Johanna Kirchner und daneben Max Nierich, Redakteur der „Volksstimme“ mit Frau, 1930)



Quelle: Archiv der sozialen Demokratie

Johanna Tesch, 1875-1945, engagierte sich ab 1902 in der Bildungsarbeit für Arbeiterinnen, Leiterin der Frankfurter Ortsgruppe des „Zentralverbandes der Hausangestellten“, in den zwanziger Jahren SPD-Abgeordnete im Reichstag, wurde nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 verhaftet, verstarb an Entkräftung im KZ Ravensbrück.

Auf zum Generalstreik!

An alle Arbeiter, Angestellte u. Beamte! Männer und Frauen!

Die militärische Reaktion hat ihr Haupt von neuem erhoben und in Berlin die Gewalt an sich gerissen. Pflichtvergeßene Reichswachtgruppen sind hier unter Führung meuternder Offiziere einmarschiert und haben sich neben der vom Volk gewählten Regierung eine illegale Gewalt aneignett. Die Reaktionsäre haben die Nationalversammlung und die Preussische Landesversammlung als aufgelöst erklärt und schickten sich an, auch die Ertragsschaften der Revolution vom November 1918 zu beseitigen.

Die deutsche Republik ist in Gefahr

Der Absolutismus sowohl im Staat als auch im Betrieb soll wiederhergestellt werden. Das Koalitionsrecht, jene unerlässliche Voraussetzung alles sozialen Aufbaus, wird beseitigt, jede Meinungsfreiheit unterdrückt. Damit kehren auch alle reaktionären Zustände zurück, mit denen das deutsche Volk im November 1918 glücklich auferstanden hatte. Der Wahlschandtag, die gesellschaftlichen Betriebe- und Beamtenvertretungen, die Beförderungsreform für die Beamten, der Ausbau des Arbeiter- und Beamtenrechts, der Mindestlohn für die Kleinohrbeiter, das soziale und wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht aller Arbeitnehmer wie

der gesamte Arbeiterchutz ist bedroht

lasse sich kein denkender Arbeiter, Angestellter und Beamter durch zweifelhafte Versprechungen der Putschregierung täuschen. Es gilt, alle Kräfte des Volkes zum Widerstand zusammenzufassen. Das Volk wäre nicht wert der Freiheiten und Rechte, die es sich erkämpft hat, wenn es sie nicht bis zum äußersten verteidigen würde.

Wir fordern daher alle Arbeiter, Angestellten und Beamten zum einmütigen Protest gegen die Gewalttätigkeit auf, überall sofort in den Generalstreik einzutreten. Alle Betriebe müssen stillgelegt werden. Ausgenommen sind nur die Wasserwerke, Krankenhäuser und Krankenkassen. Die betrieblichen zuständigen Vertretungen der Arbeitnehmerschaft werden darüber entscheiden, in welchen sonstigen lebensnotwendigen Betrieben die Arbeit fortgesetzt werden darf.

Der Abwehrkampf der Arbeitnehmerschaft muß ein gewaltiger und erdrückender werden. Deshalb darf sich kein Beruf und keine Gruppe davon ausschließen. Jeder Einzelne hat seine Pflicht. In dem geschlossenen Widerstand des Volkes muß die Reaktion scheitern. Ihre Machtmittel werden in Kürze verfallen. Der Sieg wird auf Seiten des arbeitenden Volkes sein.

Berlin, den 11. März 1920.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände

Für den Inhalt verantwortlich: C. Logien, S. Aufhäuser

Welche Faktoren begünstigten die Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten und insbesondere die Zerschlagung der freien Gewerkschaften? Warum war die Gegenwehr der Arbeiterbewegung nicht so kämpferisch und erfolgreich, wie zum Beispiel 13 Jahre davor beim Kapp-Putsch (vgl. Tafel 4)?

◀ Damals, im Jahr 1920, waren aufständische Militärs durch einen Generalstreik innerhalb einer Woche zum Rückzug gezwungen worden. Viele Anhänger der Republik warteten im Frühjahr 1933 auf ein ähnliches Signal zur Gegenwehr aus Berlin. Dieses Signal blieb aus. Dass die Hitler-Bewegung nicht durch einen offenen Putsch an die Macht kam, sondern scheinbar legal mit dem Votum der Wählerinnen und Wähler sowie des Reichspräsidenten – darauf fand die politische Arbeiterbewegung keine angemessene Reaktion. Für diese Niederlage waren verschiedene Gesichtspunkte ausschlaggebend.

Erklärungsansatz 1

Das politische Gegeneinander von KPD und SPD

In den letzten Jahren der Weimarer Republik standen Kommunistische Partei und Sozialdemokraten in scharfer Konkurrenz zueinander. Dieses zerrüttete Verhältnis verhinderte ein gemeinsames Vorgehen nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Die KPD-Zentrale hielt den „bürgerlichen Parlamentarismus“ nicht für verteidigungswert und betrachtete Hitler als Übergangserscheinung vor der proletarischen Revolution. Die SPD ihrerseits hielt an den Buchstaben der Verfassung fest und verbot ihren Mitgliedern noch im April 1933 die Vorbereitung auf die illegale Arbeit.



Die KPD griff in Plakaten auch die Politik des sozialdemokratischen ADGB an.



Quelle: Jüdisches Museum Rendsburg

Öffentliche Demütigung in Rendsburg, Frühjahr 1933

Erklärungsansatz 2

Terror = Angst und Schrecken

Der SPD-Parteiversitzende Otto Wels verglich in seiner historischen Rede gegen die Entmachtung des Parlaments am 23. März 1933 die bedrohliche Situation für die Sozialdemokratie mit dem Sozialisten(verbots)gesetz aus den Zeiten Bismarcks. Dass Wels diesen Vergleich wählte, bedeutete in der Praxis eine klare Fehleinschätzung der Vorgehensweise der neuen Machthaber. Die Hitler-Bewegung ging nach dem 30. Januar mit einer Brutalität und Entschlossenheit gegen ihre politischen Gegner vor, die bisher in Deutschland nicht gekannte Dimensionen erreichte.

Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a.M., Sammlg. Neuland



„Später treffe ich Rudi Eims. Er war Reporter bei der „Volksstimme“ und hatte sich bei den Nazis wegen seiner scharfen Berichte gegen den Naziterror auf den Strassen verhasst gemacht. Man hatte ihn als einer der ersten geholt, misshandelt und mit dem Tode bedroht. Kahlgeschoren hatte man ihn entlassen. Leise und verstört sagte er mir, er dürfe niemandem erzählen, was ihm widerfahren sei, sonst holten sie ihn wieder.“

(Paul Müller, Kurzbelichtungen – Erlebnisse um den 30. Januar 1933)

Einerseits ging es darum, durch die flächendeckende Strafandrohung politisch engagierte Bürger von der weiteren Betätigung in der Opposition abzuschrecken. Darüber hinaus – und das war neu! – sollten der Widerstand und die Menschen, die gegen die neue Regierung standen, gebrochen werden.

➤ **Dazu bediente man sich auch des Mittels der öffentlichen Demütigung. In vielen Städten wurden politische Gegner durch die Straßen geführt, mit Schildern um den Hals, die sie lächerlich machen sollten. Die Botschaft der SA-Leute lautete: Auch wenn du gestern noch SPD-Abgeordneter im Reichstag gewesen bist, können wir dich heute als „Bonzen des alten Systems“ wie einen Hampelmann durch deine Stadt jagen. Und dein Nachbar, der dich früher beneidete, darf dich heute als Erster bespuken.**

Man gab sich keineswegs Mühe, alle Maßnahmen der Unterdrückung zu verbergen – im Gegenteil! Bestimmte Aktionen sollten sogar vor aller Augen stattfinden.



Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a.M.

Erstmals am 1. April 1933 wurden, wie hier in Frankfurt, Geschäfte von Juden boykottiert, die Fenster beschmiert und eingeworfen. Bereits zwei Monate nach dem Regierungswechsel konnte kaum noch jemand sagen, er hätte es nicht gewusst ...



Fritz Thyssen vor dem Industrie-Club, vorne Göring und Hitler

Vortrag
Adolf Hitlers
 vor westdeutschen Wirtschaftlern
 im Industrie-Club zu Düsseldorf
 am 27. Januar 1932
 Verlag Frg. Eber Nachf., G. m. b. H., München 8

November 1932

Ew. Exzellenz,
 Hochzuverehrender Herr Reichspräsident,

Gleich Eurer Exzellenz durchdrungen von heisser Liebe zum deutschen Volk und Vaterland, haben die Unterschriebenen die grundsätzliche Wendung, die Eure Exzellenz in der Führung der Staatsgeschäfte angebahnt haben, mit Hohnung begrüsst. Mit Eurer Exzellenz bejahen wir die Notwendigkeit einer vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängigeren Regierung, wie sie in dem von Eurer Exzellenz formulierten Gedanken eines Präsidialkabinetts zum Ausdruck kommt.

Der Ausgang der Reichstagswahl vom 6. November d. J. hat gezeigt, daß das deutsche Volk bewußt, für das von ihm Willel niemand im deutschen Volk ausserhalb Sitze im deutschen Parlament gefunden hat, daß aber das von Eurer Exzellenz gezielte Volk eine volle Mehrheit im deutschen Volk besitzt, wenn man - wie es geschrieben muß - von der staatsvermeintlichen kommunistischen Parteiregime sind nicht nur die parlamentarische Volkspartei und die für nationalsozialistische klaren Gruppen, sondern auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei grundsätzlich eingestellt und haben damit das Ziel Eurer Exzellenz bejaht. Wir halten dieses Ergebnis für ausserordentlich erfreulich und können uns nicht vorstellen, daß die Verwirklichung des Zieles scheitern sollte. Beibehaltung einer unvirkbaren Methode scheitern sollte.

Es ist klar, daß eine, das Offener wiederholte Reichstagsaufstellung mit sich hielten, die Parteikampf immer weiter zuspitzenden Meinungen nicht nur einer politischen, sondern auch jeder wirtschaftlichen Beruhigung und Festigung entgegenwirken muß. Es ist aber auch klar, daß jede Verfassungsgüteränderung, die nicht von breiter Volkstimmung getragen ist, noch schlimmere wirtschaftliche, politische und soziale Wirkungen auslösen wird.

Wir erachten es deshalb für unsere Gewissenspflicht, Eure Exzellenz ererbigen zu bitten, daß zur Erreichung des von uns allen unterstützten Zieles Eurer Exzellenz die Umgestaltung des Reichskabinetts in einer Weise erfolgen möge, die die grössttmögliche Volkstimmung hinter das Kabinetts bringt.

Wir bekennen uns frei von jeder engen parteipolitischen Einstellung. Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die sich unser Volk geht, den verheissungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassenkampfes die unethische Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordern wird. Wir glauben, dass diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die grösste Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird.

Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit der besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten

Präsidialkabinetts an den Führer der grössten nationalen Gruppe wird die Schwächen und Fehler, die jeder Massenbewegung notwendigerweise anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mislassen.

Erklärungsansatz 3

Unternehmer gegen Republik und gewerkschaftlichen Einfluss



Schon vor dem 30. Januar 1933 fragten Sozialisten und Kommunisten nach den Grundlagen für die Erfolge Hitlers. Wie finanzierte er seine aufwändigen Wahlkämpfe und den wachsenden Parteiapparat?

Quelle: IG Metall-Archiv/Bodo Gerstenberg



➤ Auch dadurch, dass man die führenden Köpfe der Nazi-Partei auf Veranstaltungen einlud, machte man die „Bewegung“ salonfähig. Auf dem Foto bedankt sich Fritz Thyssen, Aufsichtsratsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke, für den Besuch Hitlers und Görings beim Düsseldorfer Industrieclub im Januar 1932. Etwa 650 Besucher hatten vorher der Rede Hitlers zugehört.

Die nachgewiesene zeitweilige Unterstützung der Hitler-Bewegung durch Ruhr-Industrielle wie Fritz Thyssen, Emil Kirdorf, Friedrich Flick und Paul Reusch sollte nicht zu dem Schluss verleiten, Hitler sei nur ein Strohmann, eine Marionette „der Kapitalisten“ gewesen. Besonders Teile der Exportindustrie sahen einer Regierungsbeteiligung der NSDAP eher mit Skepsis entgegen.

Abwartende Distanz zu Hitler bedeutete umgekehrt keineswegs, dass viele Unternehmer zur Verteidigung der Republik bereit gewesen wären. Besonders über das Ziel einer Schwächung des gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Einflusses herrschte weitgehende Einigkeit.

„Ich bin der unmaßgeblichen Meinung, dass Herr Brüning [Reichskanzler von 1930 – 32], nachdem die Erwartungen, die wir auf ihn gesetzt haben, sich nicht erfüllt haben, und nachdem er nicht den Mut hat, sich von der Sozialdemokratie zu trennen, von der Wirtschaft und vom Reichsverband [der Industrie] auf das allerschärfste bekämpft werden muss und dass ihm die Industrie ganz offen ihr Misstrauen aussprechen soll. ... Im Weiteren ... war die Industrie bisher zu feige, den Kampf mit den Gewerkschaften in aller Schärfe aufzunehmen.“

Quelle: Paul Reusch, Gutehoffnungshütte Oberhausen, in einem Schreiben vom 6.9.1931. Reusch war einer der Kontrahenten der Gewerkschaften im Ruhreisenstreit, Nov. '28, gewesen.

Der Historiker Henry A. Turner kommt zu dem Schluss, dass viele Großindustrielle hofften, der Nationalsozialismus ließe sich gegen ihre alten Gegner SPD, KPD und Gewerkschaften einsetzen. Nicht zuletzt mit diesem Instrumentalisierungsversuch hätten sie sich kurzzeitig und opportunistisch verhalten.

Quelle: Turner, Großunternehmer und Aufstieg Hitlers, S. 414

Ein Mythos wird inszeniert:

Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/M.



Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/M.



Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/M.



Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/M.



Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/M.



Erklärungsansatz 4

Arbeitslosigkeit und Rüstungskonjunktur

Arbeitslos zu werden, bedeutete gegen Ende der Weimarer Republik für viele Menschen und Familien den Abstieg in Wohnungslosigkeit, Hunger und Elend. Die Arbeitslosenversicherung sicherte nur für einen Teil der Betroffenen das Überleben; Junge und Alte, die nicht in die Kasse eingezahlt hatten, bekamen keine Unterstützung.



Quelle: Archiv der sozialen Demokratie

Essensausgabe in der Ebert-Siedlung, Frankfurt/IM.

Nach stundenlangen Schlangenrängen erhielten die arbeitslosen in Not geratenen Menschen schließlich gegen einen Schein auf dem Arbeitslosenweis ihre Unterbringung zugewiesen. Im Juli 1932 war sie noch so bemessen, daß sie halbwegs für das Existenzminimum ausreichte. Dann aber kürzte das Kabinett des Franz von Papen, das ohne Parlament und nur gestützt auf den Freisinnlichen im Reichspräsidentenrat regierte, die Summe auf einen Satz, der zum Leben nicht mehr ausreichte. So erhielt beispielsweise eine Familie mit zwei Erwachsenen und einem Kind monatlich 51 RM Unterbringung, von denen allein 32,50 RM für Miete, Heizung und Beleuchtung ausgegeben werden mußten. Für Nahrungsmittel blieben ganze 18,50 RM. Das heißt bei den damaligen Preisen eine Ration pro Kopf der Familie von einem halben Brot, einem Pfund Kartoffeln, 50 g Kehl und 50 g Margarine. Dreimal im Monat konnte man sich noch einen billigen Freitag kaufen und für das Kind sogar einen Extra-Mering sowie täglich einen halben Liter Milch.

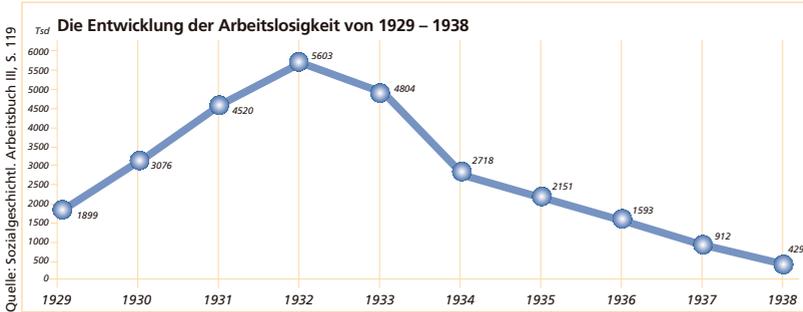
Quelle: Heinrich Potthoff, Geschichte der SPD, S. 127

Die Massenarbeitslosigkeit hatte seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise im Herbst 1929 ständig zugenommen und erreichte in den Wintern 1932 und 1933 die offizielle Höchstmarke von über sechs Millionen. (Damit war jeder vierte abhängig Beschäftigte betroffen und fast jedes zweite Gewerkschaftsmitglied.)



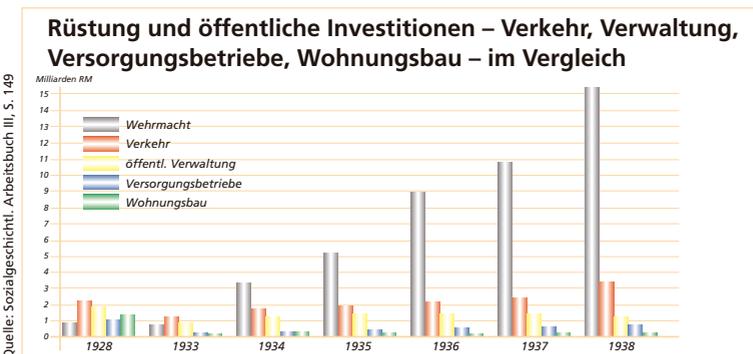
Quelle: Archiv der sozialen Demokratie

Schlange vor einem Berliner Arbeitsamt



Die Jahre der Existenzangst und Perspektivlosigkeit hatten die Menschen zermürbt; Lohnkürzungen in den Betrieben trafen kaum auf Gegenwehr, wer an Streiks teilnahm, konnte schnell ebenfalls arbeitslos werden.

➤ Die Hitler-Bewegung versprach Abhilfe und setzte sich in Szene als Helfer in der sozialen Not. Auf den Fotos abgebildet sind Stationen beim Baubeginn eines Autobahnabschnitts zwischen Frankfurt und Darmstadt am 23. Sept. 1933, zu dem auch Adolf Hitler anreiste. Zur Arbeit verpflichtete Unterstützungsempfänger werden von Gauleiter Sprenger mit Spaten ausgerüstet – und die Presse sorgt für die Verbreitung der „frohen Botschaft“: Hitler als Kämpfer gegen das Elend, Hitler als Erbauer der Autobahnen. Diese Vorstellungen trugen entscheidend zur Stabilität des Regimes bei. Doch hatten die meisten der in den nächsten Jahren neu geschaffenen Arbeitsplätze weniger mit Autobahnen als mit Aufrüstung und Hitlers Kriegsplänen zu tun.



Geschichte und Politik

Gewerkschaften brauchen Öffentlichkeit und demokratische Verhältnisse, um ihre Arbeit, die Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten, erfüllen zu können. Umgekehrt sorgt ein hohes Maß an gewerkschaftlicher Mitbestimmung für eine soziale Wirklichkeit, in der Unternehmerinteressen nicht der einzig gültige Maßstab sind. In der Weimarer Republik wurde die Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit und Interessenausgleich nicht hoch genug eingeschätzt. Außerdem hat die langjährige Massenarbeitslosigkeit dazu beigetragen, viele Anhänger der Republik zu zermürben, und den Ruf nach autoritären Lösungen verstärkt.



Quelle: IG Metall-Archiv/IG BAU

Hamburg, Mai 1945

„Bist du nicht mitverantwortlich an dem, was geschah? Diese Frage gilt auch in dem Sinne, dass man nicht das Äußerste, das Letzte getan hat zur Verhinderung der nazistischen Verbrechen. Wir alle müssen uns eingestehen, dass wir das Letzte nicht hergegeben haben, denn das Letzte war das Leben!

Wir haben das Leben behalten! Wir sitzen hier! Sind wir deswegen gehalten zu resignieren? Nein, denn weil wir wenigstens unser Leben behalten haben, kann unser Vorsatz nicht anders sein, als dass wir uns entschließen, an der Verantwortung teilzunehmen. Geist und Hände müssen so kräftig wie nur immer möglich geregt werden, um die Schuld zu tilgen, die auch unsere Schuld sein mag.“

(Hans Böckler auf der Gewerkschaftsgründungs-Sitzung am 2. August 1945)

